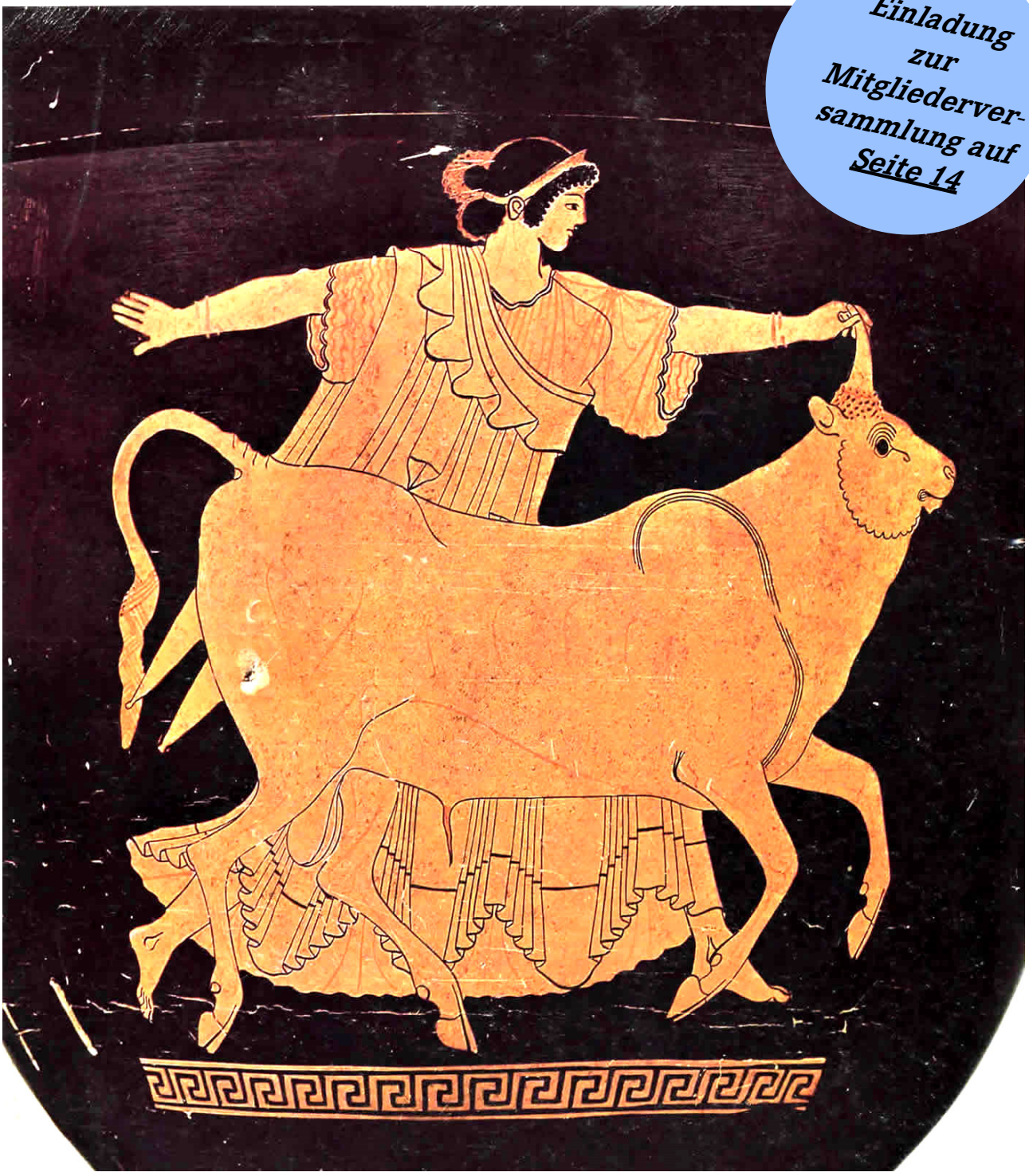
LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 19. Jahrgang Monat Mai 2013



Einladung zur Mitgliederver-sammlung auf Seite 14

Solidarität mit der BOSCH Belegschaft, Seite 3

So gesehen...

..vollzieht sich in Europa ein Prozess, der eine Situation herbeiführt, die eigentlich kein Mensch haben möchte. Die schleichende Entmachtung der nationalen Parlamente durch EU-Finanzbeamte oder gar nur eingesetzte Experten, siehe Troika. Den europäischen Parlamenten wird die Hoheit über ihren Haushalt entzogen. Hier bestimmen Menschen, die bar jeglicher demokratischer Legitimation sind, über die Veränderung kompletter Volkswirtschaften, indem sie die Finanzverwaltung eben gleich mal selber erledigen. Sparmaßnahme hier, da was weggeschnitten, da den Haushalt pauschal auf die Hälfte gekürzt, damit auch noch ja genug Geld für die Bankenrettung über bleibt. Und keiner merkt etwas? Schon komisch. Die Menschen in Europa haben sicher andere Sorgen, als über solche Zusammenhänge nachzudenken, sie zu reflektieren. Geschweige denn, dass sie sich zu Aktionen hinreißen lassen. Und dort ,wo protestiert wird, sind keine Medien vorhanden, die dem Rest in Europa berichten, wie viel Elend diese Krise, ausgelöst von einigen wenigen Kreditinstituten, wirklich über die Menschen bringt. Die Zahl der Zwangsräumungen geht in die hunderttausende. Die Menschen ohne Energie zum Leben füllen mittlerweile riesige Hallen, in denen sie Wärme und ein wenig Essen suchen. In Griechenland und Spanien geben Mütter ihre Kinder in Heime oder Kirchen, damit sie wenigstens eine Mahlzeit pro Tag bekommen und nicht weiter frieren müssen. Doch wer glaubt, in einer der größten Volkswirtschaften der Welt würde so etwas skandalisiert werden, der denkt falsch. Es wird einfach stumm in Kauf genommen. Mit Ausnahme einiger weniger Menschen, zum Teil Politiker, die die Zustände in einigen Medien thematisieren. Doch wer nimmt diese wenigen Stimmen noch wahr? Wahrgenommen werden die faulen Griechen, die mit ihrer korrupten Einstellung ganz Europa beschissen haben und sich sowieso aus der EU zurück ziehen sollen, die faulen Spanier, die noch nicht mal Autos bauen können, mit ihrer vier Stunden Mittagspause, kein Wunder, dass die aber auch gar nüschd auf die Reihe kriegen. Na und die Portugiesen und Italiener, bei denen hat doch eh noch nie was funktioniert. Die armen Menschen im Norden der EU müssen nun alle im Süden mit durchschleifen. Prinzipiell wird nun das „italienische" Modell Nord gegen Süd EU-weit aufgefahren. Der reiche Norden muss den armen Süden durchfüttern. Man könnte es auch mit Ost– und Westdeutschland vergleichen. Funktioniert immer wieder. Die Herrschenden vergaloppieren sich mit ihren Spekulationen und das Volk muss die Verluste ausgleichen. Die nennen das FDGO, ich nenne das staatlich subventionierte Ausbeutung. Wer Verluste von Banken mit Steuergeldern ausgleicht hat schon den ersten Schritt zur Planwirtschaft hinter sich. Hier geht es nicht mehr um Effizienz, hier geht es um Umverteilung im immer größeren Stil. Und nur in eine Richtung. Und genau das ist geplant. Es ist geplant, die Menschen so weit zu drängen, dass sich deren Gedanken nur noch um Essen und Wohnen drehen, quasi der nackte Überlebenskampf jeden Tag aufs Neue ausgefochten werden muss. Somit bleibt keine Zeit, das Tun der Schattenregierungen und der Büttel aus Brüssel zu verfolgen, richtig zu bewerten und gegebenenfalls dagegen aufzubegehren. Die massiven Proteste in Spanien und Griechenland sind in Deutschland auch nicht unbemerkt geblieben. Aber die Hartnäckigkeit und Brutalität der Staatsorgane hat die Widerstände klein geknüppelt. Wer Hunger hat und friert, ist noch anfälliger für Gewalt und Repression, die Kraft fehlt einfach.

Die Haus– und Hofberichterstatter haben natürlich andere Themen für uns. Proteste in Europa, niemals. Soziale Not im Schlaraffenland, so ein Unfug. Diese Teile– und-Herrsche-Politik führt zu einem Ergebnis. Europa teilt sich, wiedermal in arm und reich. In Deutschland kommen schon die ersten Spinner aus den Löchern gekrochen mit nationalistischen Attitüden und dem festen Willen, dem „Eurowahn" ein Ende zu bereiten. Völlig schmerzfrei werden hier die dümmsten Parolen ausgegeben, ohne Anspruch auf einen Gehalt oder gar die Wahrheit, wird versucht, mit der Währung politisch Kasse zu machen. Wir zahlen nicht mehr für die anderen... Dass der deutsche Erfolgsweg fast ausschließlich auf dem Euro und seiner weiten Verbreitung in genau den Wirtschaftsräumen basiert, in die Deutschland, als Exportweltmeister, einen riesigen Teil seiner Exporte liefert, bleibt hier glatt unerwähnt. Wird der Euro abgeschafft, ist auch für Deutschland erst mal Schluss mit lustig. Die neue deutsche Währung wäre mit Sicherheit eine der härtesten und somit teuersten in Europa und das würde auf Grund der Wechselkurse zu einem signifikanten Rückgang der deutschen Exporte führen, da einfach nicht so viel Geld vorhanden ist.

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Mama

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Lacour, Joel

Alter: 19 Jahre

*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand tragen.

Inhalt:

Demoaufruf	Seite 3
Solidarität mit den Bosch-Beschäftigten und ihren Familien	Seite 4
Aufsichtsratsentscheidung zu Bosch Solar Energy	Seite 5
Zum Thema „Bosch Solar Arnstadt"	Seite 6
DIE LINKE bietet Arnstädter Bürgermeister Unterstützung an	Seite 7
Schadet eine erhöhte Gewerbesteuer der örtlichen Wirtschaft?	Seite 8
Martina Renner: „Kleine und alltägliche" neonazistische Aktivitäten nicht unter den Teppich kehren!	Seite 9
Kein kommunales Kino in Arnstadt?	Seite 10
Mitgliedsbeitrag zur Europäischen Linkspartei	Seite 10
Petra Enders: Bundestagsanhörung zum künftigen Stromnetz konterkariert Energiewende	Seite 11
Bericht der AG Senioren	Seite 11
Mitgliederversammlung März	Seite 12
Auftaktversammlung für den Wahlkampf	Seite 13
Einladung zur GV des Ilm-Kreis	Seite 14
Der Entwurf des Wahlprogramms nunmehr zur Diskussion	Seite 15
Termine	Seite 16

Solidarität mit den Beschäftigten von Bosch-Solar Arnstadt!

Heraus am 1. Mai 2013.

Kundgebung und *Demonstration* für die *Beschäftigten* von Bosch-Solar Arnstadt.

1. Mai, 11.30 Uhr, Arnstadt, Marktplatz

Solidarität mit den Bosch-Beschäftigten und ihren Familien

„Die LINKE unterstützt den Thüringer Wirtschaftsminister bei seiner Forderung nach einem bundesweiten Krisengipfel zur Rettung der Solarbranche“, betonte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, bei der Pressekonferenz am 9. April im Landtag zum Erhalt des Bosch-Solar-Standortes in Arnstadt, wo direkt und indirekt mehr als 3.000 Arbeitsplätze betroffen sind.

Ramelow forderte indes auch industriepolitische Konsequenzen. Der Fraktionsvorsitzende kritisierte zudem die unzureichende Mitbestimmung der Beschäftigten bei den Konzernentscheidungen von Bosch, „die die Menschen und die Region bezahlen müssen“. Durch die besondere Struktur des Konzerns habe eine Art „Rat der Götter“ viel Macht, die Mitbestimmung sei ausgehebelt. Bosch dürfe sich „nicht einfach sozialplantechnisch aus den Staub machen“, betonte der LINKE Politiker. Vielmehr müsse mit einer innovativen Produktionsumstellung unter Nutzung auch der Thüringer Forschungskapazitäten um das Solarunternehmen mit seiner Schlüsselposition über das Land hinaus gekämpft werden.

In diesem Zusammenhang mahnte der Fraktionschef erneut bei der Landesregierung die Vorlage eines komplexen Masterplans für die Energiewende in Thüringen an. Die Landtagsabgeordnete Sabine Berninger erläuterte geplante Aktivitäten vor Ort: so werde sich der Stadtrat Arnstadt mit dem Thema befassen, die LINKE richte mit Bündnispartnern die diesjährige Feier zum 1. Mai als Solidaritätsveranstaltung mit den Bosch-Beschäftigten und deren Familien aus.

Petra Enders: „Das nehmen wir nicht hin!“

Kämpferisch war auch die Stimmung – trotz der eisigen Kälte, aber bei guter Versorgung mit heißen Kaffee und Fettbroten auch am Stand der Arnstädter LINKEN – bei der Kundgebung der Bosch-Beschäftigten am 4. April vor dem Rathaus in Arnstadt. Dazu trug nicht zuletzt die entschlossene Rede der Landrätin des Ilm-Kreises, Petra Enders, bei. Sie bezeichnete die Schließungspläne als „fatal für die Beschäftigten und fatal für die Region“ – „das nehmen wir nicht hin!“, betonte sie unter dem Beifall der Demonstranten.

Die Situation gehe auch auf „die Kappe der Bundesregierung“, der es nicht gelungen sei, zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Photovoltaik zu schaffen. Nun sei die „Bundesregierung in der Pflicht, einen Rettungsschirm für die Beschäftigten der Solarbranche aufzuspannen“. Dies bekräftigte auch die Thüringer DGB-Vorsitzende Renate Licht: Die Sicherung der Arbeitsplätze – entscheidender Motor der Energiewende – müsse in der Bundesregierung zur Chefsache gemacht werden. Es gehe um den politischen Rahmen für „faire Bedingungen in der Solarproduktion.“ Außerdem sei es auch „Steuermittelverschwendung, wenn ein solch hoch subventioniertes Unternehmen einfach in den Boden gefahren wird“.

Dass aus der Landes-CDU und auch der FDP harsche Kritik wegen einer am gleichen Tag in Thüringer Zeitungen geschalteten Solidaritätsanzeige, u.a. von Landtagsabgeordneten der LINKEN, der SPD und der Grünen, gekommen war, hatte angedroht, weil wir gemeinsam mit Betriebsrat, IG Metall und Bürgermeister eine Anzeige geschaltet haben, die Euch unterstützen soll. Wo sind wir eigentlich hingekommen, wenn wir soetwas in Thüringen nicht mehr tun dürfen?! Statt sich über eine Solidaritätsanzeige aufzuregen, sollten sie sich lieber darüber aufregen, dass 3.000 Arbeitsplätze in der Region gefährdet sind - das ist Aufgabe von Politik!“

Die Aufforderung des Wirtschaftsministers an die demonstrierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bosch zu zeigen, „dass wir bereit sind, um die Arbeitsplätze zu kämpfen“, erhielt an diesem Tag in Arnstadt eine unmissverständliche Antwort.

Dass allerdings ein langer Atem nötig sein wird und man sich nicht so schnell entmutigen lassen darf, gehört auch dazu. Machnig verwies jedenfalls darauf, dass sich Deutschland bei der Zukunftstechnologie Photovoltaik nicht von China abhängig machen lassen dürfe. Und die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht forderte, dass alle Möglichkeiten geprüft werden. Es dürfe „nichts unversucht bleiben, um die Arbeitsplätze zu erhalten“, sagte sie der Agentur dpa. „Es gibt ernsthafte Optionen“ - Details nannte sie aber nicht.

A. Rudolph

Aufsichtsratsentscheidung zu Bosch Solar Energy

IG Metall: Energiepolitik der Bundesregierung entwickelt sich zum Menetekel

Erfurt. Die IG Metall sieht in der unkoordinierten und inkompetenten Energiepolitik der Bundesregierung den Hauptgrund für den Niedergang der deutschen Solarindustrie. Angesichts der heutigen Entscheidung des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH erklärte dazu IG Metall Bezirksleiter Armin Schild heute in Erfurt: "Bei den Herren Rössler und Altmeier geht alles schief, was schiefgehen kann. Sie tragen die Hauptverantwortung für ein Menetekel, dass zigtausende Menschen und hunderte Unternehmen um ihre Zukunft bringt. Keine Netze, keine Speicher, keine Anbindung der Offshore Windkraft, steigende Energiepreise und Planungsunsicherheit für Industrieunternehmen - das ist eine Bilanz des Grauens".

Die IG Metall bedauere die Entscheidung des Bosch-Aufsichtsrates und werde alles tun, um die berufliche Zukunft ihrer Mitglieder bei Bosch in Arnstadt ein Stückchen sicherer zu machen. „Wir verlangen, dass Bosch zu seiner sozialen Verantwortung für die Beschäftigten steht. Das heißt, dass wir die Aufnahme von Gesprächen zur Verhinderung von betriebsbedingten Kündigungen erwarten. Wir sehen die Notwendigkeit zu einer alternativen Produktion aus anderen Segmenten des Konzerns," so Schild.

„Der Niedergang der deutschen Solarindustrie sei unnötig wie ein Kropf, er ist politisch gewollt und damit alles andere als alternativlos.", so der Bezirksleiter der IG Metall.
Die Zukunftschancen der Solarhersteller lägen vor allem im Ausbau ihres technologischen Vorsprungs gegenüber billigeren Herstellern insbesondere aus Asien. Nachdem, wegen des zunehmenden Kosten-und Wettbewerbsdrucks in Thüringen bereits mehrere Produzenten von Solartechnik ihre Kapazitäten stark zurückfahren mussten oder aufgegeben haben, steige nun mit Bosch einer der größten Technologieträger und auch Innovationstreiber aus. Das sei nicht wieder gut zu machen. "Was weg ist, ist weg", so Schild.

Mehr Planungssicherheit für Investitionen forderte Schild als Konsequenz. Das gelte nicht nur für die Solarindustrie, sondern für alle Unternehmen in Deutschland. Die Bundesregierung erkläre aber das Gegenteil zur Strategie. Statt den Umbau der Energieversorgung zu koordinieren, glänze dieses Kabinett mit der Verunsicherung von Investoren und Bevölkerung.

IG Metall-Bezirksleitung Mitte

„Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren."

Der Vertreter der IG-Metall zitiert B. Brecht vor dem Arnstädter Stadtrat, im Rahmen der aktuellen Stunde zu Bosch-Solar.

Zum Thema „Bosch Solar Arnstadt“

Die geplante Schließung von Bosch Solar ist eine der typischen Folgen wie auch ein prägnantes Beispiel des seit 1990 ungehemmt marschierenden erbarmungslosen Neoliberalismus: Nicht Bedarf und Bedürfnisse in der Gesellschaft sind Maßstab unternehmerischen Handelns, sondern einzig die Aussicht auf in kürzester Zeit erzielbaren höchsten Gewinn. Mit dem Totschlagsargument „Schaffung von Arbeitsplätzen“ wird die Hand weit aufgehalten, damit die von Arbeitslosigkeit gebeutelten Gebietskörperschaften die ihnen erwiesene Gnade einer Unternehmensansiedlung auch noch gut bezahlen. Selbstverständlich wird dabei streng darauf geachtet, dass die Fördermittel nicht oder zum mindesten allenfalls teilweise zurückgezahlt werden müssen, ansonsten lohnte sich ja der Aufwand nicht. „Verlorener Zuschuss“ hieß das einstmals. Wird dann der angestrebte Gewinn nicht erreicht, jedenfalls nicht in der geplanten Frist, weil der für das schnelle und große Geld künstlich aufgeblähte Markt vor dem Zusammenbruch steht, und bleiben die Lücke ausgleichende weitere staatliche Zuschüsse aus, ist eben Feierabend. Es wird weitergezogen, und zwar dorthin, wo noch billiger produziert werden kann. Was aus den auf die Straße gesetzten Arbeitskräften und den bisherigen Standorten wird, ist uninteressant. Da gilt nur „Seht zu, wie Ihr zurechtkommt!“ Das zeigt zum einen, wie falsch die von der FDP gebetsmühlenartig wiederholte Forderung „Mehr Wettbewerb, weniger Staat!“ ist, und zum anderen, dass das angeblich sozialem Denken verpflichtete Unternehmertum genauso eine Legende ist wie jene, wonach die Familie Krupp einstens ihre letzten silbernen Löffel verkauft haben soll, um die Arbeiter bezahlen zu können.

Dass sich die Beschäftigten gegen die mit der Schließung des Betriebes unweigerlich drohende Arbeitslosigkeit wehren, ist richtig, wichtig und notwendig. Nichts wäre schlimmer als die widerstandslose Hinnahme einer solchen Maßnahme, die man, auch wenn das manchem nicht in den Kram passt, nicht anders denn als Ausdruck einer Diktatur der Konzernleitung charakterisieren kann. Dabei ist gewerkschaftliche und politische Unterstützung unerlässlich. Die Frage ist nur, inwieweit Parteien verlässlich sind, die dem Neoliberalismus erst Tür und Tor geöffnet und mit den „Hartz“-Gesetzen das Leben in vorübergehender oder auch länger andauernder Arbeitslosigkeit im krassen Widerspruch zum tatsächlichen Angebot an Arbeitsplätzen unerträglich gemacht haben. Auch bei der nun 20 Jahre zurückliegenden Schließung des Kaliwerkes Bischofferode zugunsten des hessischen Konzern K + S blieb es bei leeren Versprechungen. Womit können sich die Beschäftigten noch wehren, zumal Protestkundgebungen allein sicher nicht ausreichen? Sind Streiks erfolgversprechend oder eher Maßnahmen, mit denen die Belegschaft ihr Schicksal selber in die Hand nimmt? In Großbritannien wurde einmal das sogenannte „work-in“ praktiziert, also die Besetzung des Betriebes samt Weiterführung der Produktion in eigener Regie. Das verlangt natürlich außer dem erforderlichen Willen auch entsprechende technisch-technologische und kaufmännische Kenntnisse. Zu klären ist hier außerdem, ob und wenn ja, wie lange eine solche Kampfmaßnahme gegen den mit Sicherheit zu erwartenden Widerstand der Konzernleitung durchzuhalten ist. Immerhin sind beispielsweise Bankkredite, Zulieferungen und Absatz zu gewährleisten. Dass sich die Landesregierung um neue Investoren kümmert, wenn es der Konzern schon nicht selber tut, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die Frage ist nur – siehe wiederum Bischofferode – inwieweit darauf Verlass ist. Sie hat aber zumindest eine Möglichkeit, ihre Entschiedenheit unter Beweis zu stellen, indem sie die Bosch Solar einst gewährten Fördermittel zurückfordert. Sofern sie sich beim Vertragsabschluss nicht gleich selbst alle Hände gebunden hat, muss sie damit auf die Konzernleitung Druck machen. In diesem Falle ist nicht auszuschließen, dass man es sich dort doch noch anders überlegt. Zudem gibt es auch rechtliche Möglichkeiten, im Interesse des Gemeinwohls eine Enteignung des Werkes durchzusetzen. Eine der schrankenlosen wirtschaftlichen Deregulierung verpflichtete Politik wird freilich vor solch einer Maßnahme zurückschrecken, womit es wiederum am Druck von Belegschaft und Gewerkschaften liegt, ob das als letzte aller Möglichkeiten durchgesetzt werden kann, wenn die Konzernleitung zu keinem Einlenken bereit ist. Eigene staatliche Wirtschaftstätigkeit hat nämlich unter der Voraussetzung guter und sachverständiger Führung den Vorteil, dass die Gewinne nicht in die Taschen privater Aktionäre, sondern in die Landeskasse fließen. Das verringert zum einen die Abhängigkeit von privaten Großbanken und damit die Verschuldung, zum anderen stehen mehr Mittel für Aufgaben beispielsweise auf den Gebieten Bildung, Kultur, Gesundheit und öffentlicher Verkehr zur Verfügung. Unabdingbare Voraussetzung ist freilich der Wille der regierenden Politiker zur Abkehr vom Neoliberalismus. Eine andere Frage ist dann, ob die Solarproduktion weitergeführt werden kann oder der Betrieb unter Erhalt der Arbeitsplätze auf Forschung und Entwicklung sowie Produktion anderer Erzeugnisse umprofiliert werden muss.

H.-J. Weise

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

DIE LINKE bietet Arnstädter Bürgermeister Unterstützung an

Wann Arnstadt im Jahr 2013 einen beschlossenen Stadthaushalt haben wird, ist noch völlig offen. Bürgermeister Alexander Dill (Der Unabhängige) hatte mehrfach angekündigt, den Haushaltsentwurf dem Stadtrat zu übergeben. Erstmalig hatte Herr Dill im November 2012 die Übergabe des Haushaltsentwurfs in Aussicht gestellt. Eventuell ist es zur nächsten Stadtratssitzung am 30. Mai soweit.

Nach Aussagen des Bürgermeisters ist zwar der Verwaltungshaushalt (also die Einnahmen und Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb der Stadt) für 2013 ausgeglichen, allerdings fehlen im Vermögenshaushalt für dringende Investitionen noch über zwei Millionen Euro.

Auf Vorschlag der LINKEN hat der Stadtrat im Juni 2012 dem damals gerade neu gewählten Bürgermeister einen hohen Vertrauensvorschuss gewährt. Der städtische Haushalt 2012 wurde ohne weitere Diskussion und ohne Änderungsanträge der Fraktionen beschlossen. Zumindest die LINKE hat dabei auch die Aussage von Alexander Dill im Bürgermeisterwahlkampf, nämlich sehr zügig einen Nachtragshaushalt für 2012 oder zumindest den Entwurf für 2013 dem Stadtrat vorzulegen und dabei auch zugleich die eigenen Arbeitsschwerpunkte zur Diskussion zu stellen, für bindend angesehen.

Doch bisher hat der Bürgermeister weder seine eigenen Arbeitsschwerpunkte zur Diskussion gestellt, noch den Haushaltsentwurf vorgelegt. Stattdessen überrascht er den Stadtrat und die Öffentlichkeit immer wieder mit einzelnen Punkten der städtischen Finanzen. So fordert der Bürgermeister vom Stadtrat eine Anhebung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer. Dadurch sollen bis zu 900.000 Euro im Jahr mehr eingenommen werden. Die LINKE findet diesen Ansatz, auch über Mehreinnahmen nachzudenken, richtig. Andererseits verstärkt sich zunehmend der Eindruck, als will der Bürgermeister für seine Forderungen überhaupt keine Mehrheit im Stadtrat. Ein Werben für Mehrheiten im Stadtrat geht anders. Die LINKE hat mehrfach den Bürgermeister Unterstützung zugesagt, so bei der Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer.

„Zunächst muss der Bürgermeister seine Arbeit machen und erst danach ist der Stadtrat gefordert.“

Eine Reaktion des Bürgermeisters steht weiter aus. Vielmehr verkündet er undifferenziert, dass sich der Hauptausschuss und der Stadtrat den Forderungen des Bürgermeisters verweigern. Weshalb verschweigt in diesem Zusammenhang der Bürgermeister die zugesagte Unterstützung seitens der LINKEN und wohl auch der SPD? 2014 ließe sich durch den Bürgermeister vortrefflich argumentieren, dass der Stadtrat nur blockiert und deshalb ein bürgermeisterwilliger Stadtrat zu wählen ist und die Personen hierfür wird der Bürgermeister wohl auch gleich selbst vorschlagen. Doch dieses durchschaubare Manöver wird sein Ziel verfehlen. Und nochmals werden sich die Bürgerinnen und Bürger von Wahlversprechen des Herrn Dill nicht täuschen lassen. Deshalb bleibt die Forderung an den Bürgermeister, nun endlich seine Trotzburg zu verlassen und das Unterstützungsangebot der LINKEN zumindest zu prüfen.

Zudem fordert die LINKE vom Bürgermeister, seine ständigen öffentlichen Attacken gegen Stadtrat einzustellen. Sein Unvermögen, einen ordnungsgemäßen Haushaltsentwurf vorzulegen, ist nicht dadurch zu verschleiern, vom Stadtrat Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu fordern. Zunächst muss der Bürgermeister seine Arbeit machen und erst danach ist der Stadtrat gefordert. Und die LINKE hat sich ihrer Verantwortung noch nie entzogen.

Frank Kuschel

Schadet eine erhöhte Gewerbesteuer der örtlichen Wirtschaft?

Die LINKE im Arnstädter Stadtrat unterstützt ausdrücklich den Vorschlag des Bürgermeisters, die Gewerbesteuer um rund 8 Prozent zu erhöhen. Die Bedenken von Pro Arnstadt und CDU hält die LINKE für völlig unbegründet. Durch die beabsichtigte Gewerbesteuererhöhung werden Einzelunternehmen überhaupt nicht und Kapitalgesellschaften in nur geringem Umfang belastet. Bei den Kapitalgesellschaften erfolgten aber bereits erhebliche Entlastungen bei den übrigen Betriebssteuern, so dass auch hier das Wort „Belastung“ die Situation nicht richtig beschreibt.

Nur jedes sechste Unternehmen muss überhaupt gegenwärtig Gewerbesteuer zahlen. Dies kommt daher, dass die Gewerbesteuer sehr stark gewinnorientiert ist. In die Berechnung fließen auch die Zinsen für die Kredite und die Aufwendungen für kreditähnliche Rechtsgeschäfte, wie z. B. Leasing, ein. Hier liegen aber die Freibeträge sehr hoch.

Einzelunternehmer haben bei der Gewerbesteuer einen Freibetrag von rund 25.000 Euro. Viele Kleinunternehmer sind deshalb von der Gewerbesteuer nicht betroffen.

Seit 2008 beträgt der Gewerbesteuersatz nur noch 3,5 Prozent. Vorher lag er noch bei 5 Prozent. Zudem wurde die Verrechnungsmöglichkeit mit der Einkommenssteuer vom bisher 1,8 fachen des Grundmessbetrages auf das 3,8fache erhöht. Dies bedeutet, dass bis zu einem Hebesatz von 400,5 der Einzelunternehmer die gesamte Gewerbesteuer mit seiner Einkommenssteuer verrechnen kann und somit keine Zusatzbelastung hat (die Zahlung des Solidaritätszuschlags ist dabei berücksichtigt).

Erst wenn bei den Einzelunternehmen ein Hebesatz von über 600vH zur Anwendung käme, würde eine finanzielle Mehrbelastung auftreten.

Bei den Kapitalgesellschaften würde die finanzielle Mehrbelastung noch später eintreten, nämlich erst bei einem Hebesatz von über 800vH. Dies erklärt sich zum einen durch die Reduzierung des Gewerbesteuersatzes von 5 auf 3,5 Prozent. Zudem wurden die Kapitalgesellschaften bei der Körperschaftsteuer erheblich entlastet. Hier wurde der Steuersatz von 25 auf 15 Prozent gesenkt und dies mit der Begründung, den Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Erhöhung der Gewerbesteuer einzuräumen.

Die Steuererhöhungspläne in Arnstadt schaden also keineswegs der örtlichen Wirtschaft. Sie eröffnen aber mehr Gestaltungsspielräume im städtischen Haushalt. Durch die Anhebung der Gewerbesteuer könnten pro Jahr 700.000 EUR mehr eingenommen werden.

Frank Kuschel

Erst wenn bei den Einzelunternehmen ein Hebesatz von über 600vH zur Anwendung käme, würde eine finanzielle Mehrbelastung auftreten.

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.

Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 08. 06. 2013. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Auch im Internet und als E-Paper erhältlich.

Martina Renner: „Kleine und alltägliche“ neonazistische Aktivitäten nicht unter den Teppich kehren!

Gemeinsam mit Madeleine Henfling, Sprecherin der Thüringer Bürgerbündnisse gegen Rechts, informierte die LINKE Innenpolitikerin der Landtagsfraktion und Direktkandidatin zu den Bundestagswahlen, Martina Renner, beim Pressefrühstück am 8. April in Holzhausen über Neonazistrukturen in den Landkreisen Gotha und Ilm-Kreis.

Wichtigstes Fazit: auch wenn neben den von Nazis genutzten Domizilen in Crawinkel, Marlishausen und Kirchheim keine festen Strukturen zu merken sind – im Bundestagswahlkreis 192 gibt es keinen Grund zur Entwarnung.

Im Landkreis Gotha sind Neonazis, im Gegensatz zum Ilm-Kreis, in NPD -Strukturen gut organisiert, mit Sitzen im Kreistag des Landkreises und einem Kandidaten zur Bundestagswahl. Keine wirksamen NPD-Strukturen gibt es derzeit im Ilm-Kreis, hier sind die Neonazis aber nicht weniger gut organisiert: in den sogenannten „Freien Kräften“, später „Autonome Nationalisten“, aktuell die Struktur „Südthüringer Heimatschutz“ (aus dem „Thüringer Heimatschutz“, in dem einige der in der Region organisierten Nazis bereits verankert waren, war die rechtsterroristische NSU-Gruppe hervorgegangen).

Henfling und Renner informierten zu Hintergründen der Immobilienkäufe in Crawinkel und Marlishausen, zu den Verstrickungen der Protagonisten in zahlreichen (zum Teil inzwischen verbotenen) neonazistischen Netzwerken, wie der Schlesischen Jugend, der Hilfsorganisation nationaler Gefangener, dem Blood &Honour, der Organisation neonazistischer Aufmärsche und Veranstaltungen bereits in den 90er Jahren usw.

Besorgnis erregend sei es, dass das so genannte „Heldengedenken“, das seit vielen Jahren fast ohne nennenswerten Widerstand seitens der Behörden oder größerer Teile der Bevölkerung in Friedrichroda durchgeführt werden kann, die Tatsache, dass in der Marlishäuser Immobilie die DorfbewohnerInnen inzwischen ihre Kirmes oder den Fasching feiern, oder dass die Gruppe um die Nutzer des Gasthauses „Zur Linde“ (die so genannte „Hausgemeinschaft Jonastal“, die sich das Kürzel „HJ“ gegeben hat) in Crawinkel 2012 ohne Probleme am traditionellen Fußballturnier des Sportvereines „Jugendkraft“ teilnehmen konnte.

„Leider wird der Protest von Menschen, die sich den Naziumtrieben entgegenstellen, in vielen Orten nicht so unterstützt, wie das in der Gemeinde Kirchheim mit dem Bündnis ‚BürgerInnen gegen Rechts‘ der Fall

Nazi-Angebote sind immer obszön!

ist“, so Madeleine Henfling. Im Gegenteil werde es beispielsweise in Marlishausen sogar hingenommen, dass Jugendliche mittlerweile in dem von Nazis gekauften Gasthaus ein- und ausgingen. Anders in Crawinkel, hier hatte die Gemeinde versucht, das Vorkaufsrecht verwaltungsrechtlich geltend zu machen, leider erfolglos. Auch das in Crawinkel aktiv gewordene BürgeInnenbündnis habe noch nicht die Unterstützung, die es verdiene.

In Arnstadt seien es derzeit vor allem auch jüngere Frauen, über die neonazistische Bestrebungen bekannt würden, bis hin zum Versuch, in Elternvertretungen Fuß zu fassen. LehrerInnen und ErzieherInnen bräuchten hier mehr professionelle Unterstützung.

Erst kürzlich hatte sich in Arnstadt eine sich selbst als „Wahlalternative 2013“ bezeichnende rechtskonservative Wahlvereinigung gegründet, mit Hans-Joachim König (dem ehemaligen Herausgeber des als geschichtsrevisionistisch bekannten und mit der extremen Rechten sympathisierenden „Arnstädter Stadtechos“ und dem Eischlebener Bürgermeister Rüdiger Schmidt an der Spitze).

Im Kreis Gotha müsse auch die Justizvollzugsanstalt Gräfentonna erwähnt werden, betont Martina Renner: dem im Zusammenhang mit den NSU-Morden inhaftierten Ralf Wohlleben war nach seiner Verhaftung 2012 gelungen, über andere in Gräfentonna inhaftierten Neonazis mit Kontakten in der Unterstützerszene zu kommunizieren, dies war erst spät von den Beamten in der JVA bemerkt worden. Auch der aus Erfurt stammende, 2010 wegen Mordes an einem Iraker verurteilte Neonazi Marcus E. spiele in Gräfentonna eine nicht unwesentliche Rolle.

Neben den bekannt gewordenen Überfällen und Mordtaten des NSU dürften die „kleinen und alltäglichen“ neonazistischen Aktivitäten nicht vernachlässigt werden. Es müsse in jeder Region in Thüringen ganz konkret gezeigt werden: wo sind Neonazis, wie werden sie aktiv. Auch auf scheinbar geringfügige Propagandaversuche, auf kleinste Aktivitäten müssten Politik, Zivilgesellschaft und die Behörden reagieren und öffentlich hinweisen. „Neonazistische und geschichtsrevisionistische Aktivitäten dürfen nicht unter den Teppich gekehrt und schon gar nicht ignoriert werden. Wir müssen einerseits den Nazis Widerstand demonstrieren und andererseits – und das ist die Hauptsache – antifaschistisch engagierten Menschen zeigen, dass sie in ihrem Kampf für Demokratie nicht alleine sind.“, betont Martina Renner.

Das Pressefrühstück zum Thema „Nazistrukturen“ war das erste einer Pressereihe. Die Bundestagskandidatin plant, in Zukunft regelmäßig (monatlich) zu im Bundestagswahlkreis relevanten Themen zu informieren. Das nächste Pressefrühstück findet am 27. Mai, 11 Uhr, zum Thema „Gute Arbeit, gute Löhne“ in Holzhausen statt.

Sabine Berninger

Kein kommunales Kino in Arnstadt?

Nach dem Willen einer Mehrheit im Stadtrat von CDU und SPD sowie des Bürgermeisters wird es auf absehbare Zeit in Arnstadt kein Kino geben.
Arnstadt als Mittelzentrum und Kreisstadt müsste eigentlich auch über ein Kino verfügen. Doch bisher hat sich kein Investor für ein kommerzielles Kino gefunden. Dass es im städtischen Theater ab und an auch eine Filmaufführung gibt, kann unstrittig nicht als Alternative zu einem Kino betrachtet werden. Deshalb hatte die LINKE im Stadtrat vor über einem Jahr den Antrag gestellt, prüfen zu lassen, ob und wie es in Arnstadt ein sogenanntes kommunales Kino geben könnte.
Beim kommunalen Kino steht nicht der Kommerz im Mittelpunkt. Vielmehr werde Filme gezeigt, die nicht im aktuellen Programm laufen oder eher nur ein ausgewähltes Publikum ansprechen. Diese Kinos arbeiten nicht immer kostendeckend.
Dieser Prüfungsauftrag wurde, auch weil die Bürgermeisterwahlen anstanden, in die Ausschüsse überwiesen. Und dann begann ein „Spiel“, das eindrucksvoll belegt, mit wie viel „Kreativität“ die Stadtverwaltung und eine Stadtratsmehrheit städtische Zukunftsprojekte blockieren. An der Spitze der Blockierer steht dabei der 1. Beigeordnete, Ulrich Böttcher (FDP). Zunächst stellte sich dieser unwissend. Was ein kommunales Kino sei, wäre außerhalb seiner Vorstellungskraft. DIE LINKE verwies in der Folge auf bestehende Projekte in Erfurt, Weimar und Friedrichroda. Hier könnte sich die Stadtverwaltung sachkundig machen. Doch auch dies überzeugte Herrn Böttcher nicht. Vielmehr setzte er durch, dass der Kulturausschuss beschloss, dass doch bitte die LINKE selbst ein Konzept vorlegen sollte. Nachdem abgeklärt werden konnte, dass eine Konzepterstellung nicht zu den Aufgaben einer Fraktion gehört, holte der 1. Beigeordnete den nächsten Blockadebalken heraus. Nun wäre für ein solches Konzept kein Geld da. Der neu gewählte Bürgermeister Dill (Der Unabhängige), der im Wahlkampf auch ein kommunales Kino thematisierte, sprang dem 1. Beigeordneten bei. Dieser Verweis auf fehlende städtische Finanzmittel ist mehr als hilflos. Der Bürgermeister oder der 1. Beigeordnete hätten nur zum Telefon greifen und ihre Amtskollegen in Erfurt, Weimar oder Friedrichroda anrufen müssen. Die dortigen Stadtverwaltungen hätten ohne Weiteres die Unterlagen ihrer kommunalen Kinos zur Verfügung gestellt und Kosten wären dabei für Arnstadt kaum entstanden.
Doch wo kein Wille ist, wird auch der einfachste Weg nicht gesehen. So bleibt Arnstadt auf absehbare Zeit ohne Kino.

Frank Kuschel

Mitgliedsbeitrag zur Europäischen Linkspartei

Mitglieder der Partei DIE LINKE sind gemäß unserer Parteisatzung gleichzeitig Mitglied der Europäischen Linkspartei.
Im Monat Mai kassieren wir - wie jedes Jahr - den Beitrag zur Europäischen Linkspartei (EL). Laut Bundesfinanzordnung beträgt die Höhe dieses Beitrags für jedes Mitglied mindestens sechs Euro pro Jahr. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Natürlich können sie trotzdem diesen Beitrag leisten, wenn sie es möchten. Auch Sympathisanten, die nicht Mitglieder der LINKEN sind, können EL-Beitrag entrichten.
Die eingezahlten EL-Beiträge werden dem Parteivorstand der Partei DIE LINKE zur Weiterleitung an die Europäische Linkspartei übergeben.
2012 haben wir als Kreisverband 1.208,50 Euro EL-Beiträge an die Europäische Linke übergeben. Damit haben wir unser Planziel von 960,- Euro überboten. Der Kreisvorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern, die mit ihrem Beitrag zu diesem Ergebnis beigetragen haben! Besonders würdigenswert ist, dass etliche GenossInnen freiwillig zehn Euro, einige sogar deutlich mehr EL-Beitrag entrichteten. Andere zahlten freiwillig EL-Beitrag, obwohl sie über weniger als 700 Euro Monatsnetto verfügten.
Dennoch kamen auch 2011 eine ganze Reihe unserer Mitglieder mit entsprechendem Mindesteinkommen ihrer Beitragspflicht nicht nach. Die EL-Kassierung 2013 ist eine gute Gelegenheit, das 2012 Versäumte nachzuholen! Ich bitte alle Mitglieder des Kreisverbandes darum, ihre Basisvorsitzenden bzw. Kassierer bei der Kassierung der EL-Beiträge zu unterstützen!
Darüber hinaus sollte die EL-Beitragsentrichtung möglichst im Lastschrift-Einzugsverfahren erfolgen. Ich bitte alle Mitglieder unserer Partei mit entsprechendem Einkommen, die dem Kreisvorstand noch keine entsprechende Einzugsermächtigung erteilt haben, dies noch nachzuholen. Entsprechende Formulare haben die Basisvorsitzenden oder können in unseren Geschäftsstellen angefordert werden.
Der Kreisvorstand appelliert an alle Mitglieder, auch mit ihrem finanziellen Beitrag die Europäische Linkspartei weiter zu stärken.

Klaus Häßner
Schatzmeister

Petra Enders: Bundestagsanhörung zum künftigen Stromnetz konterkariert Energiewende

Als völlig unbefriedigend hat die Landrätin des Ilm-Kreis, Petra Enders (DIE LINKE) die am 15. April im Wirtschafts- und Technologieausschuss des Bundestages stattgefundene öffentliche Anhörung zu Gesetzentwürfen zum Ausbau der Elektrizitätsnetze bezeichnet. Frau Enders hat als Landrätin eines von diesen Plänen mit am meisten betroffenen Landkreises die Gelegenheit genutzt, um sich unmittelbar einen Eindruck von der aktuellen Diskussion zu dieser Thematik auf Bundesebene zu verschaffen.

In einem Fazit stellt sie fest: Im Widerspruch zu den gesetzlich festgelegten energiepolitischen Zielen soll das Stromnetz nicht ausschließlich für „grünen Strom“, sondern für eine unbeschränkte Einspeisung fossil erzeugten Stroms auch bei Starkwind-Stromeinspeisung ausgebaut werden. Das konterkariert die Energiewende und ist Beleg dafür, dass auch dieser Netzentwicklungsplan einseitig auf die Interessen der Stromerzeuger ausgerichtet ist. Zudem bleibt auch für 2013 das Grundprinzip des Netzentwicklungsplanes falsch: Die vier großen Übertragungsnetzbetreiber ermitteln ihren „Bedarf“ und der Bundesgesetzgeber beeilt sich, diese Planungen per Gesetz als vordringlichen Bedarf festzustellen.

Petra Enders betont: „Es ist grundsätzlich falsch, Stromnetze, Stromerzeugung und Stromverbrauch unabhängig voneinander zu planen. Hier muss umgesteuert werden! Das gehört in eine Hand und ohne dieses Umsteuern wird ein völlig überdimensioniertes Höchstspannungsnetz entstehen, steigen die Belastungen für Natur, Umwelt und Lebensqualität und wir als Stromkunden müssen das alles mit unseren Gebühren bezahlen. Eine solche Politik ist die Ursache, dass zunehmend die Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende sinkt“.

Die Alternativen dazu sind aufgezeigt. Sie finden allerdings nur unzureichende Beachtung. Unbedingt weiter gearbeitet werden muss an der HGÜ-Gleichstromübertragung. Netzoptimierung mittels Leiterseiltemperaturmonitoring findet bei keiner der 36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen Erwähnung. Netzverstärkung durch den Einsatz von Hochtemperaturseilen nur bei wenigen Einzelmaßnahmen.

„Es ist deshalb völlig unverständlich, wenn sich die Thüringer Minister Carius und Machnig erneut bei denen einreihen, die den Bau der 380 kV-Leitung Halle – Schweinfurt bis zum Jahr 2015 fordern, ohne auf diese Alternativen einzugehen“; so die Landrätin weiter. „Dafür“, so Petra Enders, „werden sie sicherlich von den Netzbetreibern und Stromkonzernen gelobt. Sie stellen sich damit aber gegen eine Mehrheit in der Thüringer Bevölkerung“.

„Ich dachte“, so Frau Enders abschließend, „sie hätten etwas daraus gelernt, dass die 2012 bereits abgelehnte, zusätzliche Stromtrasse „Altenfeld – Grafenrheinsfeld“ jetzt wieder als Projekt P 44 im Netzentwicklungsplan 2013 steht“.

Bericht der AG Senioren

Auf der Kreisvorstandssitzung am 3. April 2013 zog die AG-Senioren des Stadtverbandes Arnstadt eine Bilanz ihrer Arbeit.

Gegenwärtig gehören unserer AG sieben Genossinnen und Genossen an. Unsere Arbeit erfolgt auf Grundlage der seniorenpolitischen Standpunkte und des Kreis– sowie Stadtverbandes unserer Partei. Es ist eine unserer Hauptaufgaben alle Senioren aktiv in die Arbeit einzubeziehen und jeder Genossin und jedem Genossen das Gefühl zu geben, ich gehöre dazu und ich werde nicht vergessen. Auf Grund der Tatsache unserer Altersstruktur wird die Seniorenarbeit immer mehr an Bedeutung gewinnen. Es ist uns gelungen, im Rahmen unserer Möglichkeiten stets eine gute Arbeit zu leisten. Dabei standen im Mittelpunkt unserer Seniorentreffen, nördlicher Ilm-Kreis, Lichtbildervorträge, gemeinsame Veranstaltung mit der Volkssolidarität Arnstadt, die Auswertung von Bundes– und Landesparteitagen der Partei, viele Gespräche und Besuche bei älteren Genossinnen und Genossen. Über die AG werden Hausbesuche und Aufwartungen zu Geburtstagen oder ähnlichen Jubiläen organisiert. Sehr häufig machen wir auch einfach Besuche bei den Genossinnen und Genossen, welche in Pflegeheimen untergebracht sind.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir uns aktiv in den Wahlkampf eingemischt. Hierbei widmen wir uns vor allem den Aufgaben Material zu verteilen und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Die Aussprache mit unserem Bürgermeisterkandidaten Frank Kuschel am Vorabend der Bürgermeisterwahl in Arnstadt hat dazu beigetragen, wichtige Aspekte der Arbeit der Stadtratsfraktion zu vermitteln.

Für die bisherige Unterstützung bedanken wir uns beim Stadtvorstand Arnstadt und beim Kreisvorstand.

Rolf Büttner

Mitgliederversammlung März

Mit der Mitgliederversammlung im März setzte der Stadtverband die erfolgreiche Strategie fort, Gäste des Landesvorstandes einzuladen, um damit nicht nur Informationen aus erster Hand zu erhalten, sondern auch kenntnisreiche Gesprächspartner zu gewinnen. Diesmal gab uns Genossin Ute Lukasch die Ehre, und natürlich ging es um ein soziales Thema, die Altersarmut, nicht nur brisant, sondern auch aktuell. So war der Raum gut gefüllt, viele Genossinnen und

Genossen fanden den Weg in den Hochhausklub, aber auch manches Gesicht, das wir noch nicht kannten schaute erwartungsvoll in die Runde. Bevor aber Ute das Wort ergreifen konnte, nutzten wir die Anwesenheit unserer Geschäftsführerin Anke Hofmann um sie zu den aktuellen Geschehnissen zu befragen. Der folgende Vortrag wies Genossin Lukasch nicht nur als sachverständige Rednerin aus, vielmehr spürte jeder, hier spricht jemand, der das auch am eigenen Leibe erfahren hat. Mit Beispielen, die nicht nur anschaulich, sondern auch auf den Ilmkreis bezogen waren verstand es Ute, die Dimensionen der Altersarmut zu verdeutlichen. Das sie als Linke nicht nur beim Beschreiben stehenblieb, sondern auch die Lösungen, die unsere Partei bietet ansprach, und dies nicht nur im Großen, sondern auch im konkretem, helfenden Tun, regte nicht nur zum Gedankenaustausch an, sondern führte auch zu mancher Erkenntnis. Sind doch auch in unserem Stadtverband Genossen aktiv, um Bürgerinnen und Bürger zu beraten. Ob es die Renten-, Mieter,-oder Sozialberatungen von Walter Möller, Volker Bischoff und Herbert Bachmann sind, oder Ratsuchende zu Frank Kuschel kommen. Was bleibt ist die Erkenntnis, zu den Linken kannst du gehen, die helfen dir. Noch etwas mahnte Ute Lukasch an: „Hört auf das, was euch die Menschen erzählen, dann merkt ihr wo sie Hilfe benötigen. Wir jedenfalls haben ihr aufmerksam und mit Interesse zugehört und bedanken uns für ihr Kommen.

Der 8. März in Ilmenau

Es ist eine Tradition in unserem Kreisverband am achten März mit einer Blume in der Hand den Bürgerinnen zu gratulieren. Nicht so sehr, um alte Gewohnheiten zu pflegen, sondern vielmehr darauf aufmerksam zu machen, das unsere Gesellschaft noch weit von wirklicher Gleichberechtigung entfernt ist und die Linke es ist, die es sich auf die Fahnen geschrieben hat, sich für die stärkere Teilhabe der Frauen am gesellschaftlichen Leben, vor allem aber eine gerechte Entlohnung einzusetzen. Auch manchem ungläubig lächelnden Gesicht begegnen wir mitunter, es sind immer Touristen aus den alten Bundesländern, die so gar nichts damit anfangen können. Besonders war der achte März in diesem Jahr, weil wir unsere Direktkandidatin Martina Renner begrüßen konnten, gemeinsam mit den Ilmenauer Genossinnen und Genossen kam sie am Apothekerbrunnen ins Gespräch mit den Passantinnen und nutzte so die Gelegenheit, den Bundestags-Wahlkampf zu eröffnen. Am Nachmittag lud der Stadtvorstand und Frank Kuschel zu Kaffee und Kuchen in den Lindenhof ein. Schön, dass nicht nur Genossinnen der Einladung gefolgt waren und schön, dass es allen gefiel, wobei die Jüngste, Franka Kuschel manches Lächeln auf die Gesichter der Anwesenden zauberte.

Karl-Heinz Mitzschke

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 14 bis 17 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro des MdL Frank Kuschel in Ilmenau
Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@frankkuschel.de; www.frankkuschel.de

Auftaktversammlung für den Wahlkampf

Es wurde ein langer Abend für unsere Direktkandidatin Martina Renner, stellte sie sich doch vor der Mitgliederversammlung dem Stadtvorstand der LINKEN in Ilmenau vor. Man wollte sich besser kennenlernen, aber auch über Möglichkeiten, einen interessanten Wahlkampf zu organisieren, sprechen.

Nach einer Stunde ging es in den schon gefüllten Raum, in dem nicht nur die Genossinnen und Genossen warteten, sondern auch Parteilose die Möglichkeit nutzten, die Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 192 kennen zu lernen. Noch aber hieß es, Geduld zu haben, denn der Vorsitzende des Stadtvorstandes, Karl-Heinz Mitzschke, verdeutlichte anhand von Statistiken die Potenziale, die für die LINKEN in diesem Wahlkampf vorhanden sind und die Martina Renner versprach umzusetzen. „Wir müssen“, so ihre Antwort auf derzeitige Prognosen, „bundesweit die zehn Prozent anpeilen“, und „ich will diesen Bundestagswahlkreis als Direktkandidatin gewinnen“. Immerhin lagen zur letzten Wahl, so zeigten die vorangestellten Zahlen, nur etwas mehr als drei Prozentpunkte zwischen dem damaligen Sieger Tankred Schipanski und den anderen Kandidaten.

Aber zuerst begann natürlich die Vorstellung von Martina ganz so wie man gewohnt ist. Sie sprach über ihre Familie, ihren beruflichen Werdegang und ihr Kernthema, denn bekannt ist die Innenpolitikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende LINKEN im Landtag vor allem wegen ihrer engagierten Arbeit als stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses. Nicht nur beifälliger Nicken, sondern laute Zustimmung begleiteten ihre Worte, als sie auf einen Schwerpunkt ihres Wahlkampfes zu sprechen kam, die fehlende soziale Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft.

Gerade die derzeit diskutierte verstärkte Überprüfung kranker Arbeitsloser führe dazu, dass „Unsicherheit und Angst erzeugt werden“ und, so Martina weiter, „wer Angst hat, ist anfällig für rechte Ideologien“. Flächendeckender Mindestlohn, die Verbesserung der Situation in Leiharbeitsfirmen, das Abschaffen der unwürdigen, prekären Beschäftigung, das sind die Leitthemen der LINKEN. „Wir werden zeigen, dass es ohne uns keine Verbesserungen in diesem Bereich geben wird und wir werden die Verhinderer vor uns hertreiben“, rief sie unter Beifall in den Raum. Gleichfalls ein wichtiges Anliegen die Friedenspolitik. Für unseren Wahlkreis bedeutet dies, Schließung und Konversion des Truppenübungsplatzes Ohrdruf.

Im weiteren Verlauf setzten sich die Anwesenden mit dem Entwurf des Wahlprogramms auseinander, gilt es doch nicht nur, eine Kandidatin zu unterstützen, sondern auch selbst die guten Inhalte weiterzutragen, sei es in Gesprächen mit den Nachbarn oder an den Infoständen.

Auch nach der Verabschiedung war der Abend noch nicht zu Ende, sondern klang mit intensiven Gesprächen in kleineren Gruppen aus.

www.die-linke-ilmenau.de

Einladung

der Kreisvorstand lädt Dich hiermit zur **Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Ilm-Kreis**

Die Versammlung findet

am **Freitag, dem 24. Mai 2013**
im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg statt.

Beginn ist um **17.00 Uhr.**

Tagesordnung:

Für die Kreismitgliederversammlung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. „Der Leitantrag an den Bundesparteitag zur Bundestagswahl 2013 (Wahlprogramm). Schlussfolgerungen und Aufgaben im Kreisverband“
   - Impulsreferat eines Mitgliedes der Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen“ beim Landesvorstand
   - Diskussion
   - Beschlussfassung
3. Schlusswort

DIE LINKE.

Bauerschmidt
Kreisvorsitzender

Ein „Linkes“ Projekt wird unterstützt

Der Kinder- und Jugendbeirat Ilmenaus, dessen Gründung maßgeblich von der Stadtratsfraktion der LINKEN gefordert wurde, hat in diesem Jahr erhebliche Schwierigkeiten, ordnungsgemäß zu arbeiten.
Die Ursache liegt in der sehr dünnen Personaldecke begründet, fanden sich doch nur vier Jugendliche bereit, die Interessen ihrer Zielgruppe zu vertreten. Es ist nicht nur die Unerfahrenheit der Stadt mit solchen Formen direkter Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung, wie aus dem Rathaus zu hören war, sondern auch der zu geringe Bekanntheitsgrad, der zu dieser Situation führte.
In gemeinsamen Gesprächen im offenen linken Jugendkreis wurde der Gedanke geboren, hier Unterstützung zu gewähren. So trafen sich am 8.April seine Mitglieder im Wahlkreisbüro von Frank Kuschel mit Alexander Storm, um in einem ersten Gespräch über die Herstellung eines Imagefilms zu beraten. Ziel dieser Zusammenkunft war es, Möglichkeiten zu erarbeiten, nicht nur die Arbeit des Beirates bekannt zu machen, sondern auch Kinder und Jugendliche zum Mitmachen zu bewegen. Den Mittelpunkt des etwa fünfminütigen Films wird der Kinder- und Jugendtag bilden.
Darüber hinaus wollen die Mitglieder in kurzen Statements über ihre Ziele und Vorstellungen sprechen. Während für sie nun die Formulierung der Texte ansteht, wird sich Alexander Storm um die konzeptionelle Seite kümmern, wozu neben dem Intro auch die Musik gehört, denn, so waren sich beide Seiten einig, ansprechend soll diese Darstellung vor allem sein und Lust aufs Mitmachen wecken. Diesen Film, den man dann möglicherweise über Himmelblau TV, Youtube und die Facebook-Seite des Beirates verbreiten wird, unterstützen der Stadtverband der LINKEN Ilmenau sowie der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel, denn ganz ohne finanzielle Mittel lässt sich solch ein Projekt nicht realisieren.

Karl-Heinz Mitzschke

Der Entwurf des Wahlprogramms (Leitantrag des Parteivorstandes an den Parteitag in Dresden) steht nunmehr zur Diskussion

Im Zentrum der Beratung des Parteivorstandes am 13. und 14. April 2013 stand die Vorbereitung des Wahlkampfes. Die Kommunikationsstrategie beschreibt bis zum Sommer die Aufgabe, die engere Wählerschaft der Partei zu binden und ab Sommer die Anstrengungen auf die Wechselwählerinnen und –Wähler zu richten. Dabei will die Partei selbstbewusst mit dem Erreichten umgehen, auf ihre Kernkompetenzen soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik – abstellen, rebellisch sein und Druck machen, einen einheitlichen Wahlkampf mit regionalen Schwerpunkten führen, in erster Linie mit Themen statt mit Personen werben und die vielfältige Wählerschaft in ihrer ganzen Breite – auch diejenigen, die von niemanden mehr sonst bedacht werden – ansprechen.
Die Wahlkampagne wird am 17. Juli vorgestellt werden. Das wichtigste Wahlkampfmittel wird die Wahlzeitung mit einer Auflage von 7,5 Millionen sein. Es wird 16 Länderausgaben geben mit jeweiligen Regionalseiten. Die Zeitung wird so wie alle anderen Wahlkampfmittel am 5. August ausgeliefert.
Den größten Raum der Wahlkampfvorbereitung nahm die Diskussion über den Entwurf des Wahlprogramms ein. Über viele Stunden wurden Argumente abgewogen, Kompromisse gesucht und gefunden und Anträge abgestimmt. In der Schlussabstimmung fand der Text eine große Mehrheit, keine Gegenstimme und fünf Enthaltungen. Der so entstandene Entwurf wird fristgemäß am 18. April als Leitantrag an den Parteitag veröffentlicht. Änderungsanträge zum Leitantrag können bis zum 30. Mai 2013 gestellt werden.
Soweit die Information aus der o.g. Beratung des Parteivorstandes.
Auf einer Kreismitgliederversammlung am Freitag, den 24. Mai 2013 ab 17.00 Uhr in Elgersburg, Hotel „Am Wald“, wollen wir über diesen Entwurf des Wahlprogramms gemeinsam diskutieren. Bis dahin sollte genügend Zeit vorhanden sein, sich mit den wichtigsten Teilen dieses nunmehr 96 Seiten umfassenden Entwurfs zu befassen. Denn zur Debatte gehört das Kennenlernen dessen, was diskutiert werden soll.
Ein erster Blick in die gestrige (18.04.2013) Veröffentlichung zeigt folgende inhaltliche Schwerpunkte, sprich Gliederung des Entwurfs.
1. Einführung, Seite 3 bis Seite 9
I. Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Seite 10 bis Seite 47
II. Die Krise überwinden. Demokratie und Sozialstaat verteidigen und hier und Europaweit, Seite 48 bis Seite 54
III. Friedlich und gerecht in der Welt. NEIN zum Krieg, Seite 55 bis Seite 60
IV. Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft demokratisieren, Seite 61 bis Seite 78
V. Demokratische Teilhabe: für eine Demokratie, in der es was zu entscheiden gibt, Seite 79 bis Seite 95
VI. Gemeinsam das Land verändern, Seite 96
Somit hält sich dieser Entwurf in seiner Gliederung an die Gliederung des ersten Entwurfes des Wahlprogramms in der Fassung vom 5. März 2013, jedoch er ist trotz vieler Kritiken, die auf den Regionalkonferenzen angesprochen wurden, und auch bei uns im Kreisverband diskutiert wurden noch einmal etwas länger geworden.
Dies zur Weiterführung des bereits begonnenen Bundestagswahlkampfes.
Wir treffen uns am 24. April 2013 um 17.00 Uhr im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg zur weiteren Debatte.

Jochen Traut

Termine im Monat Mai

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

06.05.13	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
10.05.13	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff
14.05.13	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

15.05.13	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt; Stadthalle
16. 05.13	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus
30.05.13	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt; Rathaus

Fraktionssitzungen:

13.05.13	17.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt
13.05.13	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
14.05.13	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
27.05.13	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
28.05.13	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Weitere Veranstaltungen:

08.05.13		Ehrungen zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945
	10.00 Uhr	Ilmenau. Friedhof Ehrenmal
	10.00 Uhr	Arnstadt. Friedhof; Gräberfeld für Kinder der Zwangsarbeiterinnen
	10.45 Uhr	Espenfeld; Ehrenmal für die sowjetischen Kriegsgefangenen des Außenlagers SIII des KZ-Buchenwald
14.05.13	16.30 Uhr	Kreiswahlbüro. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff
17.05.13	18.30 Uhr	Basisgruppenversammlung. Amt Wachsenburg. Gesonderte Einladungen an alle Mitglieder
21. 05.13	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausklub
22.05.13	19.00 Uhr	Basisgruppenversammlung. Stadtilm, Gaststätte „Erfurter Hof“
23.05.13	10.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
24.05.13	17.00 Uhr	Kreismitgliederversammlung. Elgersburg, Schmücker Straße 20; Hotel „Am Wald“

www.die-linke-ilmkreis.de